

# FREIBERUFLER-TICKER vom 1. Dezember 2023

## 1. BFB weiterhin an der Unternehmerinnen-Vorbilderaktion beteiligt

Die Unternehmerinnen-Vorbilderaktion läuft erfolgreich weiter: Seit 13. November 2023 stellt der BFB im Rahmen der Initiative „FRAUEN unternehmen“ des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) Porträts von Freiberuflerinnen für die „Vorbilderaktion“ zur Verfügung, die im Kontext des Aktionsplans „Mehr Unternehmerinnen für den Mittelstand“ des BMWK durchgeführt wird. Hierbei werden noch bis zum 14. Dezember 2023 täglich Unternehmerinnen aus unterschiedlichsten Bereichen und Branchen auf Social Media vorgestellt. Aus den Reihen der Freien Berufe wurden in den vergangenen zwei Wochen bereits Porträts von Restauratorin Salome Hohlfeld und Steuerberaterin Monika Heumann sowie Rechtsanwältin Mareike Drygala, Fachärztin für Allgemeinmedizin und Ernährungsmedizinerin Dr. Antonia Stahl und der Psychologischen Psychotherapeutin Rammiya Gottschalk veröffentlicht. Weitere Posts zu diversen Freiberuflerinnen werden im Laufe des geplanten Zeitraums folgen.

Die Aktion findet auf folgenden Social-Media-Kanälen statt:

Instagram: <http://www.instagram.com/initiativefrauenunternehmen/>

Facebook: <http://www.facebook.com/InitiativeFRAUENunternehmen/>

LinkedIn: <http://www.linkedin.com/company/frauenunternehmen/>

Der BFB teilt die Beiträge ebenfalls auf seinen Social-Media-Kanälen: [X](#) und [LinkedIn](#).

## 2. OECD-Wirtschaftsausblick veröffentlicht

Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung [veröffentlichte](#) am 29. November den Wirtschaftsausblick, inklusive einer Ländernotiz für Deutschland. Für Deutschland wird mit einem Wachstum des Bruttoinlandsprodukts um 0,6 Prozent 2024 und 1,2 Prozent 2025 gerechnet. Wie die OECD ausführt, ist es für den Ausbau der erneuerbaren Energieversorgung entscheidend, die Zeit für die Bewältigung komplexer Planungs- und Genehmigungsverfahren auf kommunaler und Länderebene zu verkürzen. Um die Digitalisierung voranzutreiben, sind mehr Investitionen in die digitale Infrastruktur und eine schnellere Modernisierung des öffentlichen Sektors erforderlich, unter anderem durch die Festlegung verbindlicher gemeinsamer IT-Standards und die Förderung der Harmonisierung von Verwaltungsverfahren. Überdies empfehlen die OECD-Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, eine Reform der derzeitigen gemeinsamen Einkommensbesteuerung von Paaren durchzusetzen, die das Arbeitskräfteangebot von Frauen erhöhen und die Geschlechterunterschiede verringern könnte.

## 3. Rückläufige Studierendenzahl im Wintersemester 2023/2024

Wie das Statistische Bundesamt am 28. November 2023 [mitteilte](#), ging die Zahl der Studierende in Deutschland im Wintersemester 2023/2024 zurück. Aktuell sind 2.871.500 Studierende an den deutschen Hochschulen eingeschrieben, das sind knapp zwei Prozent weniger als im Vorjahr. Entgegen diesem Rückgang bei der Gesamtzahl der Studierenden erhöhte sich die Erstsemesterzahl an den Hochschulen in Deutschland gegenüber dem Vorjahr um 1,2 Prozent. Der Anstieg der Erstsemesterzahl im Studienjahr 2022 war maßgeblich auf eine wieder

gewachsene Zahl ausländischer Studierender zurückzuführen, die zum Studienbeginn nach Deutschland kamen.

#### **4. Studie der Bertelsmann-Stiftung zu Bedarfen im Kitabereich**

Die Bertelsmann-Stiftung [veröffentlichte](#) die Ergebnisse einer Studie zu Bedarfen im Kitabereich am 28. November 2023. Auch zehn Jahre nach der Einführung des Rechtsanspruchs auf Kindertagesbetreuung für Kinder ab dem vollendeten ersten Lebensjahr wird dieser noch nicht für alle Kinder erfüllt, deren Eltern einen Bedarf haben. Insbesondere in den westlichen Bundesländern sind die Differenzen zwischen der Betreuungsquote und dem Betreuungswunsch der Eltern besonders groß. 2022 nutzten dort 36 Prozent der unter Dreijährigen eine Kindertagesbetreuung, aber 49 Prozent der Eltern äußerten einen Betreuungswunsch. Damit erhöhte sich die Betreuungsquote von 2021 (31 Prozent) um fünf Prozentpunkte, allerdings steigerte sich in der gleichen Größenordnung der Betreuungswunsch. Insgesamt fehlen in Deutschland rund 430.000 KiTa-Plätze, damit die Betreuungswünsche von allen Eltern für ihre Kinder, unter Dreijährige wie über Dreijährige, erfüllt werden können. In Westdeutschland fehlen rund 385.800 Plätze, in Ostdeutschland rund 44.700. Betrachtet man die fehlenden Plätze nach Altersgruppen, so zeigt sich insbesondere ein Mangel für die Kinder unter drei Jahren: In Westdeutschland sind es rund 291.100, in Ostdeutschland mit rund 30.700 deutlich weniger. Überdies werden zwei Drittel der Kinder, die einen Platz in einer KiTa haben, in Gruppen betreut, die über keine kindgerechte Personalausstattung nach wissenschaftlichen Standards verfügen. Damit sind diese Gruppen nicht ausreichend für die Erfüllung des Bildungs- und Betreuungsauftrags ausgestattet. Schließlich können in den KiTas vorhandene Stellen in zunehmendem Maße nicht besetzt werden, da der Fachkräftebedarf höher ist als das Angebot.

#### **5. Zahl der „GreenJobs“ nimmt zu**

Die wachsende Bedeutung von Umweltschutz im Allgemeinen und Klimaschutz im Besonderen wirkt sich auch auf die Arbeitsplätze aus. In Deutschland arbeiteten 2021 gut 341 200 Beschäftigte (gemessen in Vollzeitäquivalenten) in sogenannten „Green Jobs“, also in der Produktion von Gütern und Leistungen für den Umweltschutz, zu dem der Klimaschutz gehört. Das war eine Steigerung von 9,7 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Im Zehn-Jahres-Vergleich ist die Zahl der Beschäftigten im Umweltschutz um 44,3 Prozent gestiegen. Knapp zwei Drittel (65,6 Prozent) der „Green Jobs“ entfielen 2021 auf das Verarbeitende Gewerbe, beispielsweise auf die Herstellung von Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien. Knapp ein Fünftel (19,1 Prozent) der Beschäftigten im Bereich Umweltschutz war im Baugewerbe tätig, zum Beispiel im Bereich der Wärmedämmung von Gebäuden. Auf den Dienstleistungssektor, in den etwa die Planung und Projektentwicklung zur Nutzung erneuerbarer Energien in Architektur- und Ingenieurbüros fällt, entfielen 13,6 Prozent der „Green Jobs“. Das [teilte](#) das Statistische Bundesamt am 28. November 2023 mit.

#### **6. Recht auf schnelles Internet**

Zwischen 1. Juni 2022 und 31. Dezember 2022 erreichten die Bundesnetzagentur 1.768 Eingaben über mögliche Unterversorgungen gemäß der Telekommunikations-Mindestversorgungsverordnung. Die meisten dieser Meldungen stammten aus Niedersachsen (369), Nordrhein-Westfalen (333) und Bayern (253). Das geht aus einer Antwort der Bundesregierung ([20/9436](#)) auf eine Kleine Anfrage hervor, über die der Deutsche Bundestag am 29. November 2023 berichtete. Die wenigsten Meldungen stammten aus Hamburg (17), dem Saarland (zwölf) und Bremen (acht). Bei 1.678 Eingaben konnte eine Unterversorgung nicht festgestellt werden. Zwischen dem 1. Januar 2023 und dem 1. Oktober 2023 erreichten die Bundesnetzagentur den Angaben der Bundesregierung zufolge 2.405 Eingaben. Die meisten

Meldungen entfielen auf Bayern (599 Meldungen), Baden-Württemberg (401) und Niedersachsen (350). Bei 1.523 dieser Eingaben konnte die Bundesnetzagentur keine Unterversorgung feststellen, schreibt die Bundesregierung in der Antwort weiter.

## **7. KI-Nutzung in Unternehmen**

Etwa jedes achte Unternehmen (zwölf Prozent) in Deutschland – erfasst sind rechtliche Einheiten mit mindestens zehn Beschäftigten – nutzt Künstliche Intelligenz (KI). Wie das Statistische Bundesamt am 27. November 2023 [mitteilte](#), nutzt gut jedes dritte Großunternehmen (35 Prozent) KI, aber nur jedes sechste (16 Prozent) mittlere Unternehmen mit 50 bis 249 Beschäftigten und jedes zehnte kleine Unternehmen mit zehn bis 49 Beschäftigten. Die Unternehmen, die KI einsetzen, verwenden diese Technologien vorrangig für die Buchführung, das Controlling oder die Finanzverwaltung (25 Prozent), die IT-Sicherheit (24 Prozent), für Produktions- oder Dienstleistungsprozesse (22 Prozent) sowie zur Organisation von Unternehmensverwaltungsprozessen oder das Management (20 Prozent). Am häufigsten nutzen diese Unternehmen dabei KI-Technologien zur Spracherkennung (43 Prozent), zur Automatisierung von Arbeitsabläufen oder zur Hilfe bei der Entscheidungsfindung (32 Prozent) sowie Technologien zur Analyse von Schriftsprache beziehungsweise Text Mining (30 Prozent). Nach den Gründen für den Nichtgebrauch gefragt, nannten diese Unternehmen: Fehlendes Wissen (72 Prozent), Inkompatibilität mit vorhandenem Bestand an Geräten, Software und Systemen (54 Prozent), Schwierigkeiten mit der Verfügbarkeit oder Qualität der Daten (53 Prozent), Unklarheit über die rechtlichen Folgen (51 Prozent), Bedenken hinsichtlich der Wahrung des Datenschutzes und der Privatsphäre (48 Prozent), die Kosten (41 Prozent) und ethische Überlegungen (22 Prozent).

## **8. Deutscher KI-Markt wächst um ein Drittel**

Laut [Mitteilung](#) vom 29. November 2023 sieht der Digitalverband Bitkom eine stark steigende Nachfrage nach Künstliche Intelligenz (KI). Die Ausgaben für KI-Software, -Dienstleistungen und entsprechende Hardware werden in diesem Jahr voraussichtlich auf 6,3 Milliarden Euro steigen. Das ist ein Plus von 32 Prozent verglichen mit 2022, als 4,8 Milliarden Euro für KI ausgegeben wurden. Den größten Anteil an den KI-Ausgaben in diesem Jahr hat KI-Software (4,1 Milliarden Euro), gefolgt von Dienstleistungen rund um KI (1,3 Milliarden Euro) sowie Hardware (0,9 Milliarden Euro). Im kommenden Jahr wird nach aktuellem Stand ein ähnlich starkes Wachstum erwartet. 2024 sollen die Ausgaben erneut um 30 Prozent auf dann 8,2 Milliarden Euro steigen, 2025 könnte sogar die 10-Milliarden-Euro-Marke übersprungen werden.

## **9. BFB-Jobportal bietet kostenfreie Möglichkeit der Jobvermittlung**

Das Jobportal [www.freieberufe-jobportal.de](http://www.freieberufe-jobportal.de) des BFB, das im Mai 2022 insbesondere für ukrainische Geflüchtete lanciert wurde, ist im Juni 2023 in Kooperation mit dem Bundesverband Deutscher Unternehmensberatungen (BDU) zu einem allgemeinen Jobportal für die Freien Berufe erweitert worden. Nun bietet es, speziell und exklusiv als Jobportal für die Freien Berufe, Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern die Möglichkeit, dort kostenfrei, schnell und direkt offene Stellen, darunter Vollzeit- und Teilzeitjobs sowie Ausbildungs- und Praktikumsplätze, zu inserieren. Im Hinblick auf den Fachkräftemangel in den Freien Berufen setzen BFB und BDU in ihrer Kooperation gezielt einen strategischen Schritt, um bestmögliche Ergebnisse und Bedingungen in den Freien Berufen zu schaffen. Weiterhin soll mit dem Jobportal mit Blick auf das Gemeinwohl die Verbindung zwischen Arbeitssuchenden und Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern bei den Freien Berufen gefördert werden. Stellenanzeigen können [hier](#) unkompliziert und gratis aufgegeben werden.

## 10. #Praxenkollaps - KBV startet Petition

Mit der Kampagne #Praxenkollaps kämpft die Kassenärztliche Bundesvereinigung gegen die schlechten Bedingungen und Schwierigkeiten für niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte an. Jetzt hat die KBV eine Petition an den Start gebracht. Das ambulante System wird seit Jahren kaputtgespart, es fehlt massiv an Personal und der Bürokratieaufwand wird immer größer. Mit der Petition wird gefordert, die Rahmenbedingungen für die ambulante Versorgung zu verbessern. Derzeit steht die Sicherstellung dieser Gesundheitsversorgung in Deutschland auf dem Spiel. Die Petition kann [hier](#) unterschrieben werden.

